

JÜRGEN
RÜTTGERS
**MEHR
DEMOKRATIE**
IN
DEUTSCHLAND

1. Auflage, Berlin 2017
© B&S SIEBENHAAR VERLAG Berlin / Kassel

Layout, Satz: B&S SIEBENHAAR VERLAG
Satz Umschlag: Bild1Druck, Berlin
Foto Umschlagrückseite: Jürgen Rüttgers, Büro Landtag
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeisung in elektronische Systeme.

Printed in Germany
ISBN 978-3-943132-58-8

www.siebenhaar-verlag.de

Inhalt

7	Worum geht es in diesem Buch?
	I. Kapitel
	Wo wir stehen:
	Eine kritische Bestandsaufnahme
13	Die Unruhe nimmt zu
26	Ein Land von Schwarzmalern?
32	Deutschland in der Sinnkrise
	II. Kapitel
	Was wir sind:
	Die Zivilgesellschaft und ihre Institutionen
43	Das öffentliche Gespräch oder: Voraussetzungen für eine Teilhabedemokratie
55	Die Institutionalisierung der Demokratie
69	Grundlagen politischer und gesellschaftlicher Institutionen und Ursachen für ihre Krise <i>Parteien • Kirchen • Wirtschaftsverbände • Gewerkschaften • Justiz • Familie • Medien</i>
	III. Kapitel
	Wohin wir wollen:
	Perspektiven einer neuen politischen Kultur
97	Neues Vertrauen durch unmittelbare Demokratie
115	Bürger sind keine Kunden – Herrschaft muss legitim sein
133	Europa als Chance – eine neue Verständigung über unser demokratisches Selbstverständnis
149	Europas Stern
152	Anmerkungen
184	Literatur
189	Danksagung

Worum geht es in diesem Buch?

Vor langer Zeit, als Helmut Kohl Bundeskanzler war, traf sich im kleinen Kabinettsaal des Bonner Kanzleramtes am Dienstag einer jeden Sitzungswoche des Deutschen Bundestags morgens früh eine illustre Runde. Der Bundeskanzler beriet mit den Partei- und Fraktionschefs, den Ersten Parlamentarischen Geschäftsführern der Bundestagsfraktionen und dem Kanzleramtsminister über die aktuell anstehenden und kritischen Fragen. Die Tagesordnung war geheim. Die Beschlüsse wurden nicht bekanntgegeben. Im Laufe des Vormittags informierte ich als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion rund ein Dutzend ausgewählter Journalisten ohne Namensnennung, ohne Detailberichterstattung über die zu erwartenden politischen Ereignisse. Was davon abends in die Fernsehnachrichten kam, klärte sich während des Tages.

Heute ist das anders. Die Koalitionsrunde in Berlin tagt selten. Das Zusammentreffen wird offiziell bekanntgegeben. Die Tagesordnungspunkte werden vorher vereinbart. Die in der Koalition strittigen Themen werden vorher öffentlich kontrovers diskutiert. Die Fraktionsvorsitzenden unterrichten anschließend die Presse.

Ein anderes Bild: Wenn ich nach dem Bonn-Berlin-Umzug von Regierung und Parlament von Bonn montags früh um kurz nach sechs Uhr nach Berlin zum CDU-Präsidium flog, hatte ich schon zehn Zeitungen gelesen und Radionachrichten gehört. Vor dem Eingang der Parteizentrale standen zwei Dutzend Journalisten und Kameraleute. Jeder Ankommende wurde durch Zuruf aufgefordert, Fragen zu beantworten. Welche das sein würden, wusste man nicht. Wie der aktuelle Sachstand zum Thema gerade war, wusste ich meistens auch nicht. Das Thema des Tages war durch die Redaktionen festgelegt. Die Fernsehsender brauchten Bilder für die Morgenmagazine. Natürlich wurde auch gefragt, was in der Sitzung denn diskutiert und beschlossen werde. Wer vor Sitzungsbeginn etwas Konkretes sagte, ging ein großes Risiko ein. Niemand wusste, wie sich die anderen Präsidiumsmitglieder geäußert hatten. Wenn es unterschiedliche Akzente oder Auffassungen gab, hieß die Meldung: Streit im Parteipräsidium. Ein schöner Tagesanfang aus journalistischer Sicht.

So ändern sich die Zeiten: Wir leben heute in einer ‚Echtzeitdemokratie‘. Alles, was bekannt wird, ist wenige Minuten später auf Sendung. Wir sehen und hören alles zur gleichen Zeit, egal wo es auf der Welt geschieht. Die digitale Revolution, die Globalisierung, das Leben ohne Grenzen mit offenen Märkten und neuen Konkurrenten haben dazu geführt, dass sich unser Leben häufig und turbulent verändert. Die Teilung der Welt in ‚Ost und West‘ ist Geschichte. Neue Mächte wie China und Indien sind auf dem Vormarsch. Die USA müssen um ihren Vorsprung ebenso kämpfen wie das Vereinte Europa. Es gibt kein Gleichgewicht der Mächte mehr. Die alte Weltordnung löst sich auf; die neue ist noch unbekannt. Viele sehen einen Niedergang des Westens¹ voraus, untersuchen den Aufstieg und den Niedergang von Nationen². Eine 500-jährige Epoche westlicher Vorherrschaft geht augenscheinlich zu Ende.

Internationale Vereinbarungen werden nicht erst nach jahrelangen Verhandlungen feierlich unterschrieben. Die Staats- und Regierungschefs treffen sich auf dem G20-Gipfel, auf dem G7- oder G8-Gipfel, im Europäischen Rat, beim Nato-Gipfel, dem Asien-Gipfel, bei der UN, usw. Neue regionale Bündnisse entstehen. Internationale Organisationen treffen Vereinbarungen. Wir in Europa leben in einer Mehrebenendemokratie. Die Nationalstaaten verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Sie haben immer weniger Einfluss auf die internationalen Finanzmärkte. Die Staaten, vor allem in Europa, sind hoch verschuldet, viel höher als die offiziell bekanntgegebenen Zahlen. Je höher die Verschuldung ist, desto geringer sind die politischen Entscheidungsspielräume. Viele Staaten haben ihre Souveränität bei den Finanzmärkten abgegeben. Sparen ist unbeliebt, Leben zu Lasten der kommenden Generationen ist angesagt. Regierungen, die sparen, werden oft abgewählt. Aus der Weltfinanzkrise ist eine Krise der Demokratien geworden. Rechts- und Linkspopulisten sind auf dem Vormarsch.

Die westlichen Gesellschaften sind unruhig. Die Spaltung der Gesellschaften zwischen Arm und Reich, Jung und Alt, Eingewanderten und Einheimischen wird immer tiefer. Populisten werden in die Parlamente gewählt. Die Spaltung der Gesellschaft führt häufiger zu gesellschaftlicher Gewalt. Politiker wirken angesichts dieser Veränderungen oft ratlos. Politikwissenschaftler diskutieren ihre Demokratiemodelle. Sie streiten darüber, ob es eine Krise der Demokratie gebe – und wenn ja, welche. Einigkeit besteht nur darüber, dass der Begriff ‚Krise‘ unbestimmt ist. Ist die Krise der Anfang vom Ende der Demokratie, wie manche behaupten? Oder leben wir schon in einem Zeitalter der Postdemokratie?³ Manche nennen unsere Demokratie

eine ‚Fassadendemokratie‘. In den westlichen Demokratien wollen nur politische Verrückte die Demokratie abschaffen. Was aber unverzichtbar zu einer Demokratie gehört, ist strittig. Die große Mehrheit der Bürger will jedenfalls weiter in einer Demokratie leben.

Für andere wiederum ist die Krise der Anfang eines „Qualitätsverfalls“ der Demokratie. Übrig bliebe dann allenfalls eine „Schwundstufe“⁴. Schon ist von einem „zweiten Biedermeier“ die Rede, in dem die Freiheit zwar unangetastet bleibe, aber der „Diskurs in Deutschland [...] lahm gelegt“ und „eine ruhende Republik“ geschaffen worden sei. Nicht nur die Europäische Union, sondern auch deren Mitgliedstaaten stecken in einer Vertrauenskrise. Mancher Regierungschef sucht den Ausweg in einer Rückkehr zu nationalen Lösungen. Andere fordern europäische Solidarität ein, finanziell wie sicherheitspolitisch. Gleichzeitig verweigern sie die Solidarität, etwa bei der Lösung der Flüchtlingskrise. Mancher erklärt seine nationale Sicht zur einzig denkbaren Grundlage einer europäischen Einigung, der er zustimmen könne – um parallel nationale Alleingänge zu beschließen.⁵ Was aus diesen Erkenntnissen konkret folgt, weiß so recht niemand. Die Analysen, so klug und hilfreich sie sein mögen, helfen nicht weiter, so lange niemand weiß, was anders werden muss, damit es besser wird.

Als ich mit den Arbeiten für dieses Buch begann, war mir klar, dass die klassischen Demokratietheorien bei der Beseitigung der Politik- und Parteiverdrossenheit in der Praxis kaum helfen würden. Die Demokratie in Deutschland funktioniert – formal betrachtet – gut. Auch die wirtschaftliche Lage ist im internationalen Vergleich nicht schlecht. Trotz Schuldenbremsen und Sparprogrammen, die wahrlich nicht den Titel ‚Austeritätspolitik‘ verdienen, steigen die Sozialausgaben. Sogar die soziale Infrastruktur wird weiter ausgebaut.

Warum also die Verdrossenheit? Kann es daran liegen, dass wir nicht zu viel, sondern zu wenig Demokratie in Deutschland haben? Sind es nach allgemeiner Auffassung nicht immer die Parteien, die allein an allem Schuld sind? Haben wir eine Krise der Institutionen unserer Zivilgesellschaft? Woher kommt der Hass gegen ‚die da oben‘? Und wie lange hält es eigentlich ein demokratischer Staat aus, wenn die Institutionen der Zivilgesellschaft und damit viele Bürger den demokratischen Staat nur noch als Dienstleistungsagentur und Zahlstelle betrachten? Getreu der Devise: Wenn der Staat nichts liefert, bestrafe ich ihn mit Zustimmungszug.

Antworten auf diese Fragen finden sich sicher nicht nur im eigenen Land. Die Welt ist im Umbruch. Es ist gerade mal ein Vierteljahrhundert her, dass mit der Sowjetunion die letzte der Massen-

ideologien, der Kommunismus, implodierte. Terroristen griffen die Vereinigten Staaten von Amerika an. China, Indien und die anderen Schwellenländer wehren sich gegen die ökonomische Vorherrschaft der Industrieländer des Westens. In islamischen Ländern findet ein Religionskrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Moslems statt. Isis-Terroristen versuchen, ein neues ‚Kalifat‘ zu errichten. In der Ukraine kämpfen russische Soldaten für einen neuen Staat ‚Neurussland‘. Moskau hat das Völkerrecht mit Füßen getreten. In solchen Umbruchzeiten ist die Frage der Stabilität der westlichen Demokratien eine Überlebensfrage. Die Nationalstaaten, in denen die Demokratie entstand, sind nicht mehr in der Lage, diese Veränderungen einzuhegen und zu gestalten.

Obwohl jedermann weiß, dass revolutionäre Prozesse wie die Globalisierung und Digitalisierung, die im Kern Prozesse der Entgrenzung sind, nicht national gelöst werden können, obwohl klar ist, dass existentielle Herausforderungen wie die Klimakatastrophe und die Flüchtlingswanderungen nicht von Staaten wie Belgien, Schweden oder Frankreich gelöst werden können, obwohl die außen- und sicherheitspolitischen Fragen in Osteuropa oder im Südchinesischen Meer keinesfalls von einem Staat im Alleingang bewältigt werden können, halten manche, nicht nur populistische Politiker, am Konzept der uneingeschränkten Souveränität ihres Staates fest. Andere träumen sogar von der Rückkehr zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts, in dem die Nation und der Staat, Volk und Nation eine Einheit bilden.⁶ Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die NATO geraten unter Druck. Der neue amerikanische Präsident hält die NATO für „obsolet“⁷ und „verleiht dem Phänomen der Renationalisierung eine Stimme: Rüde, rüpelhaft, ohne Rücksicht auf Anstand“, wie die Neue Zürcher Zeitung feststellt.⁸ Er hat am Fortbestand der Europäischen Union kein Interesse. Er begrüßt den Brexit und fordert weitere Mitglieder zum Austritt auf.⁹ Großbritannien verlässt die Europäische Union, hofft auf die Wiederbelebung der ‚special relationship‘ und übersieht dabei, dass diese Idee getragen war von der Vorstellung eines Bündnisses der zwei angelsächsischen Weltmächte USA und Großbritannien, ihre gemeinsamen Vorstellungen von Freihandel, Demokratie und Menschenrechten weltweit zu vertreten. Großbritannien ist aber heute weder Weltmacht noch ‚global‘, sondern riskiert, sich europäisch zu isolieren. Frankreich versucht, aus einer selbstverursachten Parteienkrise herauszufinden und hofft auf die Wiederbelebung des deutsch-französischen Motors. Deutschland kann sich eine friedliche Zukunft ohne das transatlantische Bündnis nicht vorstellen. Amerika hat bislang das „Problem der

Außenbeziehungen, der Macht, der Beziehung, die Deutschland zur Welt unterhält, gelöst. Kalter Krieg, NATO, die von Amerika geförderte europäische Integration, Vereinte Nationen – das war bislang der Rahmen.“¹⁰ Fragen über Fragen! Aber eines ist klar: Das amerikanische Jahrhundert ist zu Ende. Die Vereinigten Staaten ziehen sich zurück. Europa muss sich neu erfinden, ohne Großbritannien und hoffentlich mit den USA.

Im Laufe der Recherchen entdeckte ich, dass in den USA seit einiger Zeit ebenfalls eine Debatte über den Verfall der Institutionen geführt wird.¹¹ Wie immer ist diese Debatte dort als ganz großes Theater angelegt. Es geht nicht um Politikwissenschaft, sondern um die Neugestaltung der Welt. 500 Jahre westliche Vorherrschaft, so heißt es, gingen nun zu Ende, weil eine „institutionelle Dominanz“ des Westens von einem „Zustand des Stillstands“ abgelöst werde. Natürlich „ist noch nicht alles verloren: Aber ohne Erkenntnis keine Lösung. Und die sei in Deutschland schwer zu haben“, wo die Illusion fortbestehe, dass in der besten aller möglichen Welten alles zum Besten bestellt sei.¹² Während in den USA über eine „institutionelle Degeneration“ nachgedacht wird, die „zu einem ökonomischen Stillstand“ führe „und eine gefährliche politische Dynamik“ in Gang setzen könne¹³, diskutieren wir in Deutschland über zurückgehende Wahlbeteiligung, soziale Selektivität, Mitgliederschwund in den Parteien, mehr direkte Demokratie u.a.¹⁴

Verständlich ist die Angst amerikanischer Professoren, dass die USA ihre Stellung als Supermacht verlieren könnten. Fraglich ist aber die Voraussage des in Großbritannien geborenen Hauptprotagonisten dieser institutionellen Denkschule, Harvard-Professor Niall Ferguson, vom Niedergang des Westens. So ändern sich die Zeiten. Früher hieß es: die Amerikaner sind auch in der Krise optimistisch, die Deutschen dagegen selbst im Erfolg pessimistisch. Auch das hat sich anscheinend geändert. Ich bin mir jedenfalls sicher, dass es möglich ist, die Vertrauenskrise der gesellschaftlichen Institutionen mit mehr Demokratie zu überwinden. Und da treffe ich mich mit Niall Ferguson: Es waren in der Vergangenheit die Bürger und ihre Institutionen, die ein solches Vertrauensverhältnis vorangetrieben haben. Das kann auch für die Zukunft gelten.

Deshalb schlage ich vor, die Demokratie wiederzubeleben, um neues Vertrauen wachsen zu lassen. Die politischen Institutionen und ihre Akteure müssen ihre Entscheidungen stärker öffentlich diskutieren und erläutern. Dies gilt vor allem für Beschlüsse und Kompromisse. Die Bürger haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie und wann sich etwas ändert. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch ein

Fernsehstatement reicht nicht. Wer sich nicht verständlich machen kann, hat in der Politik nichts zu suchen.

Demokratische Politik erfordert Transparenz. Die Institutionen der Zivilgesellschaft müssen demokratischer werden. Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur der Kampf für die eigenen Interessen, sondern auch das Eintreten für das Allgemeinwohl. Da viele gesellschaftliche Institutionen Zuschüsse vom Staat erwarten und bekommen, muss ihre interne Willensbildung demokratisch ablaufen.

Dies ist umso wichtiger, als viele gesellschaftliche Institutionen auch kommerzielle Bereiche umfassen. Gewinnerorientierte Tätigkeiten und Gemeinnützigkeit sind aber schwer zu vereinbaren. Was früher ein gutes Werk war, ist heute oft schon ein Sozialkonzern. Non-Government Organizations (NGO) sind nicht mehr gemeinnützig, wenn sie professionelle Organisationen zum Sammeln von Spenden werden. Die Zivilgesellschaft ist jedoch „das Reich freiwilliger Zusammenschlüsse: von Institutionen, die von Bürgern mit einem anderen Ziel als dem privaten Profit gegründet worden sind“¹⁵.

Demokratische Entscheidungen müssen umgesetzt werden. Dafür gibt es eine Bürokratie, die aber nicht zu einem Staat im Staat werden darf. Der Muff der Bürokratie muss aus den Amtsstuben entfernt werden. Auch Verwaltungsentscheidungen müssen deshalb offen und transparent sein. Sie sollen unter Einbeziehung der betroffenen Bürger erarbeitet und getroffen werden. Das gilt nicht nur für staatliche Verwaltungen, sondern auch für öffentliche Unternehmen, Kammern und andere Organisationen, die im Auftrag und im Eigentum der öffentlichen Hand arbeiten. Der Staat muss aus seinem Elfenbeinturm befreit werden.

Zudem muss Europa demokratischer werden. Immer mehr Entscheidungen werden in den Gremien des vereinten Europas getroffen, aber nur unzureichend demokratisch kontrolliert. Die Mitgliedsstaaten klammern sich an ihre Einflussmöglichkeiten, statt klare Entscheidungsstrukturen zu schaffen. Es gibt in Europa zu viele Verhinderungsrechte und zu wenige Gestaltungsrechte. Eine permanente große Koalition im Europaparlament schwächt dessen demokratische Legitimation. Das gilt auch für Deutschland.

Institutionen sind „das kollektive Ergebnis politischer Prozesse“¹⁶. Sie müssen gestaltet und von Zeit zu Zeit reformiert werden. Hier gibt es akuten Handlungsbedarf. Unsere Demokratie ist zu wichtig, um sie aus Angst vor Veränderungen schwach werden zu lassen.

Dieses Buch versucht, eine Antwort auf die drängende Frage zu geben, wie neues Vertrauen in die Demokratie und die demokratischen Institutionen entstehen kann. Kurzum: Es geht um eine neue politische Kultur.

II. Kapitel

Was wir sind: Die Zivilgesellschaft und ihre Institutionen

[...]

Grundlagen politischer und gesellschaftlicher Institutionen und Ursachen für ihre Krise

Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Demokratie ist in jedem Land anders. Demokratie ändert sich. Sie wird am Ende des 21. Jahrhunderts anders sein als heute. In Deutschland gibt es, folgt man den politischen Zuschreibungen, eine Kanzlerdemokratie und eine Parteiendemokratie. Früher war Deutschland stark föderalistisch geprägt. Heute gibt es Tendenzen zur Zentralisierung. Bonn war Bundeshauptstadt, Berlin nennt sich Hauptstadt.

In der Schweiz gibt es mehr Föderalismus und mehr direkte Demokratie. In den USA gibt es einen starken Präsidenten und zwei starke Häuser im Kongress. Es gibt 50 Bundesstaaten, und das Land ist stark polarisiert. In Großbritannien gibt es keine schriftliche Verfassung und ein Mehrheitswahlrecht. Trotzdem wurde Großbritannien von einer Koalition regiert. In Frankreich gibt es eine zentralistische Verfassung. Tendenzen in Richtung Regionalisierung sind vorhanden. Der Präsident ist ein „republikanische[r] Monarch.“¹⁹⁶ Das Parlament ist nicht so mächtig wie anderswo. Russland hatte mit Wladimir Putin als Präsidenten einen „lupenreinen Demokraten“ (Gerhard Schröder), der dann Ministerpräsident wurde und dann wieder Präsident. Aber einen funktionierenden Rechtsstaat gibt es

nicht, eher einen ‚lupenreinen Präsidenten‘, der sich nicht scheut, Völkerrecht und Menschenrechte mit Füßen zu treten.

Aber für alle gilt: die Zustimmung der Bürger zur Demokratie hängt von Partizipation und Teilhabe ab. Es reicht nicht, dass die Bürger alle vier, fünf oder sechs Jahre zur Wahl gehen. Eine Demokratie ohne „öffentlichen Diskurs“ (Jürgen Habermas) ist nicht vorstellbar. Wo bleibt dann aber das Politische? Wo findet in Deutschland das permanente öffentliche Gespräch statt? Etwa in den Talkshows, deren Anzahl immer weiter wächst, so dass inzwischen täglich zur besten Sendezeit die immer gleichen Gesichter ihre Einschätzungen abgeben? Friedrich Merz hat zum Geburtstag der ersten großen Talkshow von Sabine Christiansen gesagt: „Sie haben [...] ja großen Erfolg – diese Sendung bestimmt die politische Agenda in Deutschland mittlerweile mehr als der Deutsche Bundestag. Das betrübt mich, aber ist ein großer Erfolg.“¹⁹⁷ Das kann heute keiner mehr sagen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich, wie erwähnt, sehr zurecht darüber beklagt, dass Parlamentsdebatten nicht mehr in den großen öffentlich-rechtlichen Kanälen übertragen werden. Im Herbst 2009 entschloss er sich, während der konstituierenden Sitzung des Bundestages, die nicht von ARD oder ZDF übertragen wurde, das Vormittagsprogramm der beiden Sender vorzulesen: „Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nach manchen Beschwerden, Debatten, Verhandlungen in der letzten Legislaturperiode möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass eine Übertragung der Konstituierung dieses Deutschen Bundestages im Hauptprogramm der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten nicht stattfindet. Im Mittelpunkt des Vormittagsprogramms der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands steht heute Morgen die TV-Komödie ‚Schaumküsse‘. Das Zweite Deutsche Fernsehen bringt statt einer Übertragung dieser Sitzung die 158. Folge der Serie ‚Alisa – Folge deinem Herzen‘, gefolgt vom 36. Kapitel der Serie ‚Bianca – Wege zum Glück‘. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich folge meinem Herzen und nenne diese Programmentscheidung ganz vorsichtig im wörtlichen Sinne bemerkenswert. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, dass ein gebührenpflichtiges Fernsehen, das dieses üppig dotierte Privileg allein seinem besonderen Informationsauftrag verdankt, auch an einem Tag wie heute mit einer souveränen Sturheit der Unterhaltung Vorrang vor der Information einräumt.“¹⁹⁸

Die Politik versucht häufig gar nicht mehr, ihre Einschätzungen zu begründen. „TINA“ ist das Kürzel für „There is no alternative“ – ein unvergessener Satz von Margaret Thatcher.¹⁹⁹ Die deutsche Übersetzung lautet: Basta! Wenn geduldiges Erklären unmöglich wird und

öffentliches Diskutieren immer Streit heißt, dann hilft anscheinend nur das Motto: Augen zu und durch. Morgen gibt es wieder ein anderes Thema.

Das Vertrauen zu Staat und Politik, zu den politischen und gesellschaftlichen Institutionen, auch zu Europa ist schwächer geworden. Der Staat funktioniert zwar. Aber die Institutionen sind in einer Krise. Wenn die Aufgaben der Institutionen, Vermittlung und Teilhabe möglich zu machen, Werte zu erkennen und zu leben, Demokratie zu organisieren, eine Brücke zwischen Staat und Gesellschaft zu bauen und am öffentlichen Diskurs teilzunehmen, nicht mehr wahrgenommen werden, schwindet die Legitimität der und das Vertrauen in die Institutionen, aber auch in die Demokratie. Wenn Institutionen und Demokratie Vertrauen verlieren, stellt sich die Frage, ob der Krise der Institutionen unterschiedliche oder ähnliche Gründe zugrunde liegen. Wenn die Ursachen erkannt sind, können auch Strategien zur Verbesserung der Lage entwickelt werden.

Ich wiederhole: Deutschland geht es unbestreitbar gut. Man muss die Lage nur mit anderen Ländern vergleichen. Wir leben hierzulande in Freiheit und Rechtssicherheit. Das Land erlebt den längsten Frieden der jüngeren Geschichte. Wohlstand und sozialer Aufstieg stehen Vielen offen. Und dennoch reißen die Debatten über Probleme und Defizite nicht ab. Das kann auch nicht anders sein. Das darf in einer Demokratie nicht anders sein. Die Institutionen funktionieren zwar. Dennoch haben sie Probleme. Immer wieder werden sie öffentlich kritisiert. Institutionen sind nicht nur stabil; sie arbeiten nicht nur in einem eingeschwungenen Zustand. Sie sind immer in Bewegung, immer auf der Suche. Sie reagieren immer auf das Umfeld. Institutionen müssen sich anpassen und auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren. Aber anscheinend bekommen die Verantwortlichen die Probleme nicht in den Griff. Was steckt dahinter?

Bevor es um Ursachenforschung geht, muss eine inhaltliche Frage beantwortet werden: Wie lauten die Ideen und Ziele, für die staatlich-politische und gesellschaftliche Institutionen stehen? Es geht nicht um organisatorische Mängel; die Institutionen erfüllen ihre Aufgaben in der Demokratie schlecht. Eine Demokratie kann ihre Institutionen durch Reformen verbessern, sie muss es aber auch wollen. Nur wenn es gelingt, die Gründe hierfür zu benennen und Lösungswege aufzuzeigen, kann ihre Vertrauenskrise wie auch die der Demokratie überwunden werden.

[...]

Wirtschaftsverbände

Die Frage, welche Aufgaben die Wirtschaft in und für ein Land und seine Gesellschaft hat, war in den zurückliegenden Jahren sehr umstritten. ‚Neoliberale‘ Vorstellungen gingen davon aus, dass die Aufgabe von Unternehmen ausschließlich die Steigerung des Kurswertes der Aktien ist (Shareholder-Value-Ideologie).

Zu viele Führungskräfte erlagen als Folge einem massiven Realitätsverlust und glaubten, dass sie „unersetzlich seien und sich auf Grund ihrer Position über Regeln hinwegsetzen könnten“.²²⁵

Das Bild des ‚ehrbaren Kaufmanns‘, der Markenkern der Unternehmen und Unternehmer, ist beschädigt. Die gesellschaftliche Stellung des eigenen Berufsstandes wurde der Profitmaximierung geopfert. Die Wirtschaft sollte nur noch für die Profite zuständig sein, die Wissenschaft für Wissen und Innovationen und die Politik für Allgemeinwohl und Akzeptanz. Eine solche Delegation eigener Verantwortlichkeiten konnte nicht gelingen.

Die Soziale Marktwirtschaft sieht das anders. Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Markt einen Ordnungsrahmen benötigt, der auf Werten beruht, die der Markt nicht selbst schaffen kann,²²⁶ geht sie von einer größeren Verantwortlichkeit der Wirtschaft aus. Jedes Unternehmen hat danach die Aufgabe, Gewinne zu erwirtschaften. Nur wer sich erfolgreich am Markt behauptet, kann auch Arbeitsplätze sichern und schaffen. Die Wirtschaft trägt zudem Verantwortung für das Allgemeinwohl. Eine weitere Aufgabe der Unternehmen im Rahmen einer internationalen Arbeitsteilung besteht darin, die Menschen mit den zum Leben und Arbeiten notwendigen Gütern zu versorgen. Gleiches gilt für Dienstleistungen. Als Auftraggeber

und Abnehmer sind die Unternehmen eng mit Forschung und Wissenschaft verbunden. So ist auch die im Zeitalter der Globalisierung wichtige internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas sicherzustellen. Auch globalisierte Unternehmen haben eine Heimat. Es waren die Heimatländer, die in der Weltfinanzkrise den Unternehmen geholfen haben.

Die Wirtschaft in Deutschland zeigt sich nach den Erfahrungen der Weltfinanzkrise heute oft sprachlos.²²⁷ Das ist die Folge der weitverbreiteten Unterstützung des Turbokapitalismus durch die Wirtschaftsverbände, die Wirtschaftswissenschaftler und viele Manager. Viele Unternehmer, vor allem aus dem Handwerk und dem Mittelstand, wussten allerdings immer, dass die Ortlosigkeit der Wirtschaft durch die Globalisierung eine Irrlehre war. Der Verlust der Kundenbindung war ebenso schädlich wie der Verlust des Mythos der Marken. Die Zeit, in der Unternehmensteile zusammengewürfelt und mit einem Kunstnamen versehen wurden, ist vorbei. Die Zerschlagung von Unternehmen, um einen Rückzug auf Kernkompetenzen zu organisieren, war auch kein Erfolgsmodell.

Mit der selbstgewählten Heimatlosigkeit war ferner eine Privatisierung des Einsatzes der Wirtschaft für soziale und staatliche Belange verbunden. War früher der Unternehmer Teil der örtlichen Gemeinschaft und setzte sich dort für das Allgemeinwohl ein, so wurde solcher Einsatz vielfach ausgelagert. Fehlendes persönliches Engagement in Kammern und Verbänden hat der Wirtschaft geschadet. Der Rückzug vieler Unternehmen aus der Lehrlingsausbildung hat zu einem massiven Facharbeitermangel geführt. Die Kontakte zur Politik und Gesellschaft sind geringer geworden.

Der deutschen Wirtschaft fehlt heute eine Leitvorstellung davon, wie sie sich im Zeitalter der Globalisierung aufstellen will. Sie ist auf den internationalen Märkten erfolgreich. Die Konzentration auf den Export und einige besonders starke Wirtschaftszweige wie Automobil- und Maschinenbau macht sie allerdings stark export- und konjunkturabhängig und damit politisch angreifbar.

Deutschland ist Industrieland und muss Industrieland bleiben. Als im Weltmaßstab mittelgroßes Land ist es auf den Export angewiesen. Deutschland fehlen aber besondere Stärken im Bereich der neuen kreativen Industrien und des Hightechbereichs. Vor allem muss die deutsche Wirtschaft ihre Rolle in Europa definieren. Deutschland wird nicht umhinkommen, verstärkt auch Produktionsstätten im Ausland für die dortigen Märkte zu eröffnen. Nachdem ausländische Firmen dazu übergehen, in Deutschland Produktionsstätten zu bauen, müssen europäische Firmen auch weiter in Europa produzieren.

Auch deutsche Unternehmen tragen Verantwortung für den Standort Europa. Das Markenzeichen ‚Made in Germany‘ muss auch in Zukunft etwas gelten. Die Basarökonomie ist kein Zukunftskonzept. Die Preise in den Schwellenländern bleiben nicht auf Dauer niedrig. Deutschlands Wirtschaft kann nur europäisch verankert auf den internationalen Märkten mit Spitzenprodukten erfolgreich sein. Wirtschaftliches Wachstum ist unverzichtbar, um mit den Herausforderungen der Zukunft wie der Haushaltskonsolidierung, der Energiewende, der Digitalisierung und dem demografischen Wandel fertigzuwerden. Die Europäisierung und Internationalisierung der deutschen Wirtschaft am Standort Deutschland muss weiter vorangetrieben werden.

Gewerkschaften

Die deutschen Gewerkschaften sind 1849 gegründet worden, damit die Arbeiter ihre Interessen durchsetzen können. Nach langem Kampf entstand nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland die Einheitsgewerkschaft. Wie bei den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes standen und stehen in den Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen im Mittelpunkt. Sie waren in den größeren Unternehmen bei der Schaffung echter Mitbestimmungsrechte sehr erfolgreich. Dies war möglich, weil die Gewerkschaften die Ideologie des Klassenkampfes überwinden konnten. Die meisten Gewerkschaften verstehen sich heute in den Aufsichtsräten faktisch als Co-Manager ihres Unternehmens, obwohl Gewerkschaftsfunktionäre den Begriff nicht mögen. In vielen mitbestimmten Unternehmen haben die Gewerkschaftsvertreter prägenden Einfluss. Nach außen soll es bei dem ‚natürlichen‘ Interessengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmen bleiben.

Neben der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen und der betrieblichen Mitbestimmung sind die Gewerkschaften als Tarifpartner unentbehrlich bei der Erarbeitung und Durchsetzung von Tarifverträgen. Diese regeln nicht nur die Arbeitsbedingungen, sondern legen auch die Höhe der Löhne und die Struktur des Lohnsystems fest. Die Tarifpartner vereinbaren auch Mindestlöhne, die dann staatlicherseits für allgemeinverbindlich erklärt werden. Weil der Organisationsgrad in manchen Branchen und Betrieben zu gering ist, wurde auf Druck der Gewerkschaften ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, obwohl dieser zu einer Schwächung der Stellung der Gewerkschaften führen kann. Auch die Digitalisierung von Produktion

und Dienstleistungen wird die Machtstrukturen in den Unternehmen verändern. Mehr Demokratie in Unternehmen zu wagen, ist in einigen Betrieben bereits Realität – von der Festlegung der Gehälter, der Arbeitszeit, der Beförderung bis zur Wahl des Chefs durch die Mitarbeiter.

Die Gewerkschaften mischen sich in die politischen Diskussionen ein. Sie nehmen nicht nur ein Mitspracherecht in sozialpolitischen, sondern auch in allgemeinpolitischen Fragen für sich in Anspruch. Wichtig ist dabei der Kampf für soziale Aufstiegsmöglichkeiten, insbesondere die Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze. Die Lehrlingsausbildung in Deutschland ist zwar weltweit vorbildlich. Der ‚Aka-demisierungswahn‘, der die Bildungspolitik seit langem beherrscht, gefährdet aber mehr und mehr das duale Ausbildungssystem.

Die Gewerkschaften haben einen großen politischen und betrieblichen Einfluss. Doch seit vielen Jahren verlieren sie Mitglieder, allein von 2015 auf 2016 rund 48.000 Mitglieder.²²⁸ Erst als Folge der Wirtschaftskrise scheint dieser Verlust zum Stillstand zu kommen. Sie haben durch Missmanagement große Teile ihrer einstmaligen Finanzvermögen verloren. Viele Arbeitnehmer profitieren von den Tarifverträgen. Sie werden aber deshalb nicht Gewerkschaftsmitglieder. Weder die Einführung von gewerkschaftlichen Kredit- und Bonuskarten noch der Abschluss von Tarifverträgen, die Vorteile für Gewerkschaftsmitglieder enthalten, haben den Mitgliederschwund stoppen können. Solche Angebote verändern im Übrigen auch das Verhältnis von Gewerkschaften und ihren Mitgliedern – hin zu einer Kundenbeziehung. Ohne ein solidarisches Verhalten, das sich nicht nur an einer rein materialistischen Kosten-Nutzen-Abwägung orientiert, kann aber keine Gewerkschaft erfolgreich sein.

Die Gewerkschaften, die ‚Schutzmacht der kleine Leute‘, sind Großorganisationen geworden. Sie sind Vertreter eigener Organisationsinteressen und nicht mehr Heimat für die wirtschaftlich Abhängigen und die Arbeitslosen. Das eigene Systeminteresse überlagert die Gesamtverantwortung. Sie benennen öffentlich Defizite, die die Politik beheben soll, ohne sich ihrer eigenen Verantwortung bewusst zu sein. Sie handeln nicht, sie lassen handeln. Auch bei den Gewerkschaften haben die Professionalisierung der Arbeit und die Delegation von Aufgaben zu einem Verlust von Vertrauen geführt. Allerdings gibt es da Hoffnungszeichen, wo Gewerkschaften sich auf ihre Kernaufgabe besinnen, die Interessen der Arbeitnehmer im Betrieb zu vertreten. „Viele Arbeiterführer haben erkannt, dass es ihren Organisationen nutzt, wenn sie handfeste Lösungen für konkrete Probleme finden, anstatt klassenkämpfend über die

Marktplätze zu ziehen. Denn nur wer spürbare Verbesserungen für Beschäftigte erzielt, gewinnt Mitglieder. Wer Fahnen und Reden schwingt, geht leer aus.⁴²²⁹ Vielleicht liegt hier eine Antwort auf die Frage, wie man Menschen bewegt, sich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren.²³⁰

Viele Arbeitnehmer halten eine Mitgliedschaft in Gewerkschaften für entbehrlich, weil sie durch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sowieso von den Ergebnissen der Verhandlungen profitieren. Der soziale Aufstieg vieler Arbeitnehmer in den letzten Jahrzehnten hat auch dazu beigetragen, dass sich die Arbeitermilieus aufgelöst haben. Die Gewerkschaften haben zunehmend Probleme, den Spagat zwischen der Interessenvertretung der Arbeitnehmer und der Interessenvertretung der Arbeitslosen unter einen Hut zu bringen. Der durch den Mitgliederverlust zunehmende Organisationsdruck, das über lange Zeit politisch zu einseitige Agieren, der Verlust einst erheblicher Mitgliedsbeiträge und des Gewerkschaftsvermögens haben zu einer Konzentration auf die großen Einzelgewerkschaften im DGB (etwa IG Metall, Verdi und IG BCE) beigetragen. Dies hat zu Heimatlosigkeit und der Gründung von Spartengewerkschaften und unabhängigen Kandidatengruppen bei Betriebsratswahlen geführt.

Justiz

Die Justiz ist im System der Gewaltenteilung und in unserer Demokratie eine wichtige Institution, nicht nur zur Gewährleistung der inneren Sicherheit, sondern auch zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Sie verkörpert den Rechtsstaat, der der Demokratie zugrunde liegt. Ihr obliegt die Rechtspflege, die Gerichtsbarkeit und das Schiedswesen. Sie urteilt im Namen des Volkes. Diese Aufgaben konnte sie viele Jahre erfolgreich durchführen, weil sie als ‚neutrale‘ Instanz hohes Ansehen genoss. Versuchten die Bürger früher, jeden persönlichen Kontakt zur Justiz zu vermeiden, hat die Bereitschaft zugenommen, ‚sein Recht‘ vor Gericht zu erstreiten oder sich gegen staatliche Anordnungen vor Gericht zu wehren.

Neue Möglichkeiten wie etwa die Kostenübernahme durch Rechtsschutzversicherungen, aber auch Elemente der Verhandlungsrechtssprechung (z. B. Kronzeugenregelung, die Einführung von Schieds- und Mediationsverfahren) haben den Mythos der Neutralität geschwächt. Auch die Politisierung von Entscheidungen durch Politiker und Verwaltung sowie die Politisierung der Richterberufung haben die Neutralität der Justiz beschädigt.

Auch politisch motivierte oder begründete Urteile wie das ‚Beschneidungs-Urteil‘ zerstören das Vertrauen in die Justiz. Vorrang vor der Gesetzesauslegung hat das Wort des Gesetzgebers. Es ist Aufgabe der Gerichte, Recht anzuwenden und nicht Recht zu schaffen. Wohin die Politisierung von hohen Gerichten führt, kann man beim Supreme Court, dem Obersten Gericht der USA, sehen, der inzwischen als Partei „im amerikanischen Kulturkampf“ um ‚God, guns and gays‘ auftritt.²³¹

In der Mediengesellschaft ist es zudem üblich geworden, sehr früh über Ermittlungen der Polizei und der Staatsanwaltschaft zu berichten. Auch der Ablauf von Gerichtsverfahren ist ein öffentliches Ereignis, wenn die Thematik oder die betroffene Person von öffentlichem Interesse ist. Deshalb werden auch Ermittlungsaktivitäten (Fall Zumwinkel) oder Strafverfahren (Fall Kachelmann) von den Verfahrensbeteiligten medial inszeniert. Diese Skandalisierung hat den Ruf der Justiz als neutraler Sachwalter des Rechtsstaats beschädigt. Rechtsanwälte sehen sich und die Mandanten häufigen ‚Durchstechereien‘ aus Behörden wie Staatsanwaltschaften und Polizei ausgeliefert, wenn Informationen inoffiziell an Medien weitergegeben werden. Dies könne in manchen Fällen einer „öffentlichen Hinrichtung“ gleichen.²³²

Die heute schon auf unterer Ebene einsetzende Strafverfolgung gegen Mitarbeiter von Behörden und Unternehmen führt bei den Betroffenen zu einer Mentalität der Absicherung und einem Klima des Nichtentscheidens.

Die für viele Bürger unverständliche Juristensprache²³³, die mangelnde Einbeziehung der Schöffen, das fehlende Engagement mancher Schöffen²³⁴, die Überlastung und Überbürokratisierung der juristischen Verfahren führen zu einem als bürgerfern empfundenen Bild der Justiz.²³⁵

Mit der Relativierung des Rechtsbewusstseins ist auch das Ansehen der Justiz gesunken. Recht ist etwas, dass man erstreben kann. Viele glauben inzwischen, dass nur derjenige Recht bekommt, der das Geld für teure Prozesse hat. „Der demokratische Rechtsstaat bezieht seine Autorität und Würde aus der Wahrung des Rechts in allen Lebensbereichen.“²³⁶ Die Anerkennung des Primats des Volkswillens, vertreten durch den Gesetzgeber, nimmt ab. Die Justiz handelt ‚aus eigenem Recht‘. Sie verliert ihre Rolle als Hüterin der Gesetze und unabhängige Sachwalterin von Recht und Gerechtigkeit. Die selbsterklärte Ausdehnung von Verantwortlichkeiten hat zu einer Politisierung des Wirkungskreises geführt. Die Justiz hat sich angreifbar gemacht.

Familie

Wer heute die Zeitung aufschlägt und einen Artikel zum Zustand der Familien in unserer Zeit liest, erfährt v. a. von Kindesmisshandlungen, jahrelangem Missbrauch, innerhäuslicher Gewalt und Kinderverwahrlosung. Er findet Berichte über die mangelnde Sprachkompetenz bei Kindern, über Bildungsrückstände, höhere Geburtenraten in der Unterschicht und immer wieder darüber, dass es in Deutschland zu wenige Kinder gibt.

Es ist richtig, dass die Geburtenrate in Deutschland besonders niedrig ist. In rund 25 Jahren lebt in Deutschland womöglich „die älteste Bevölkerung der Welt“.²³⁷ Über vier Jahrzehnte hinweg ist die Zahl der Geburten in Deutschland zurückgegangen. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich nahezu verdreifachen.²³⁸ Die Zahl der Pflegefälle wird sich bis 2050 von heute 2,2 Millionen auf dann 4,5 Millionen verdoppeln. Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt an. Immer wieder kommt die Botschaft: Kinder kosten Zeit und Geld und hindern die Eltern an der Maximierung persönlichen Glücks. Und so wundert es schon keinen mehr, dass der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung feststellt: „Familie [wird] von jungen Menschen nicht mehr ohne weiteres als lebbar, nicht mehr als eine ebenso natürliche wie attraktive Lebensform angesehen.“²³⁹ Gleichzeitig verwundert es, dass Umfragen immer wieder belegen, wie hoch auf der Liste der Wünsche für ein geglücktes Leben bei jungen Menschen die Familie im Kurs steht.²⁴⁰

Somit stellt sich die Frage, wie die Aufgabe und der Sinn der Familie angesichts dieser Gespaltenheit eigentlich noch wahrgenommen werden kann. Die Familie ist, wie die jungen Leute zu spüren scheinen, ein Ort emotionaler Zuwendung. Es ist der Ort, an dem man Hilfe und Unterstützung, ja Geborgenheit findet, wenn man genau dies braucht. Bei der Familie geht es nicht nur um die Bestandssicherung unserer Gesellschaft durch Kinder. Die Familie ist vielmehr der Ort, in der Erziehung, Sozialisation und Wertevermittlung stattfinden. Hier lernt man die Befähigung zur Übernahme von Verantwortung und gegenseitige Unterstützung. Die Familie ist der Ort der unmittelbaren Sicherung der Solidarität und der Ausgang für solidarische Beziehungen in der Gesellschaft und zwischen den Generationen. Die Familie ist immer noch der Ort, wo die meisten hilfsbedürftigen Familienangehörigen gepflegt werden.

Unbestreitbar ist auch, dass es zentrale Trends gibt, die die Institution Familie verändert haben. Dazu gehören neue Formen der Partnerschaft ohne Trauschein, Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche

Partnerschaften und das Leben als Single. Dazu gehören die niedrigen Geburtenraten und die steigende Kinderlosigkeit. Dazu gehören die unterschiedliche Kinderhäufigkeit in verschiedenen sozialen Milieus, hohe Scheidungsraten, aber auch die wachsende Autonomie von Frauen, deren Berufstätigkeit und späte Heirat.²⁴¹

Heute werden fünf maßgebliche Gründe in der Wissenschaft für den Wandel der Familien angeführt:²⁴²

- die Individualisierung, die die Übernahme von Verantwortung für Kinder ausschließt
- die Institutionalisierung der Familie, die nicht mehr das zentrale Leitprinzip für Partnerschaften sei
- die Pluralisierung, d. h. die Anerkennung verschiedener Lebensformen
- die Polarisierung, das bedeutet, dass unterschiedlichste Formen des Zusammenlebens dem traditionellen Modell von Ehe mit Kindern und einem Ernährer gegenüberstehen
- die wirtschaftliche Unsicherheit, die zur abnehmenden Beschäftigungssicherheit und der damit abgeforderten Mobilität ein Problem für Partnerschaften und Familiengründungen darstellt

Und ich füge hinzu: die Angst, eine langfristige Bindung einzugehen.

Trotz vielfältiger familienpolitischer Initiativen und einem hohen staatlichen Mitteleinsatz haben sich die Trends in den letzten Jahrzehnten nicht wesentlich verändert. Neuere wissenschaftliche Untersuchungen²⁴³ gehen sogar davon aus, dass die vielen Milliarden Steuergelder für die Familienförderung keine wesentliche Wirkung entfaltet haben.

Je länger ich mich über viele Jahre mit dem Thema Familie beschäftigt habe, um so klarer wurde mir, welch gravierende Veränderungen in unserer Gesellschaft eingetreten sind. Meine Ansicht war, dass der Staat sich aus dem Privatleben der Menschen heraushalten muss. Oft hat mir meine Frau, die Leiterin eines Kindergartens war, erzählt, wie viele Frauen auf mehr und bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten angewiesen sind. Viele würden sich gerne in den ersten Jahren nach der Geburt persönlich um die Betreuung ihrer Kinder kümmern. Sie können es sich aber nicht leisten. Sie müssen eine bezahlte Berufstätigkeit wahrnehmen, weil das Geld sonst nicht ausreicht. Deshalb habe ich mich für die Einführung des Elterngeldes eingesetzt, weil ich wollte, dass Eltern ein Wahlrecht haben, wie sie ihre Kinder erziehen. Ich habe mitgeholfen, dass aus dem Angebot von Kindergartenplätzen ein Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze

wurde. Die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenalter war für Frauen ein wichtiger Schritt. Auch habe ich gelernt, dass aus sozialen und demografischen Gründen viele Frauen fürchten, in Altersarmut zu gelangen, weil sie unterbrochene Arbeitsbiografien haben.

Von 2005 bis 2010 wurde in NRW die Zahl der Kitaplätze veracht-facht. Aber das reicht noch lange nicht aus. In Westdeutschland muss, anders als in Ostdeutschland, der Ausbau noch weiter vorangetrieben werden. Heute werden in Deutschland bereits mehr als ein Drittel der Kinder von Frauen ohne Partner geboren. Forscher gehen davon aus, dass die Zahl in den kommenden Jahren wie in Skandinavien auf bis zu 80 Prozent steigen kann. Der Staat übernimmt dann die Rolle des Vaters. Ich frage mich, ob das neue Leitbild mit der Rolle des Staates als Familienvater nicht auch eine Fehlentwicklung ist. Der leitende Arzt des sozialpädiatrischen Zentrums Bielefeld-Bethel, Rainer Böhm, schreibt: „Die Gesellschaft muss sich also der Tatsache stellen, dass sich emotionale Misshandlung nicht nur unter familiären oder institutionellen Deprivationsbedingungen, sondern – unbeabsichtigt – häufig auch im kognitiv stimulierten Umfeld einer Krippe ereignet.“²⁴⁴ Er schlägt vor, das Betreuungsgeld wie in Skandinavien deutlich zu erhöhen und keine Gruppentagesbetreuung von Kindern unter zwei Jahren einzuführen. Die Politik weicht dieser Debatte bisher aus.

Fachleute neigen in vielen Fällen dazu, eine Anerkennung neuer Realitäten zu fordern, nachdem die Veränderungen der Rahmenbedingungen analysiert worden sind. Viele bestreiten die Behauptung, die Familie sei in der Krise oder weisen auf neue Formen des Zusammenlebens hin. Dies widerspricht aber dem Lebensgefühl und den objektiven Sachverhalten. Die Umdefinition des Begriffs ‚Familie‘ ist keine Antwort. Und auch die so häufig herangezogenen Umfrageergebnisse, nach denen Familienwerte und Familienleben wieder einen höheren Stellenwert haben, sind zurückhaltend zu interpretieren. „Ein beachtlicher Teil der jungen Leute“, so der Soziologe Trutz von Trotha, „dementiert in seinem Verhalten unverdrossen, was er in repräsentativen Umfragen über seine eigenen Vorstellungen vom Glück und einem gelungenen Leben kundtut, in denen Familie und Kinder unverändert an oberster Stelle rangieren. Er entscheidet sich gegen Nachwuchs oder schiebt Elternschaft hinaus, um dann im vierten Lebensjahrzehnt zu entdecken, dass sich auch ohne Kinder leben lässt oder der Nachwuchs sich nicht mehr einstellen will. So ist die ‚Gesellschaft der Alten‘, die Deutschland etwa ab dem Jahr 2035 sein wird, das Erbe einer Gesellschaft, welche Kinderlosigkeit zu einer wichtigen Lebensform gemacht hat.“²⁴⁵

Der demografische Wandel stellt Politik und Gesellschaft schon heute, mehr noch in Zukunft vor gewaltige Herausforderungen. Eines der großen gesellschaftlichen Probleme der Zukunft wird eine wachsende Altersarmut sein. Die jetzt lebende Rentnergeneration gilt als vergleichsweise gut versorgt. Die heute jungen Menschen werden jedoch Probleme haben, ihren Lebensstandard im Alter zu sichern. Das gilt besonders für Frauen. Zugleich muss ein neuer Generationenvertrag geschlossen werden, der die Solidarität zwischen den Generationen stärken und Altersdiskriminierung verhindern muss. Besonders armutsgefährdet sind nach Auffassung des Rentenfachmanns Axel Börsch-Supan Erwerbsgeminderte, Solo-Selbständige, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund und kinderreiche Familien. Hier sind, so der Ökonom, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und für Solo-Selbständige sowie eine bessere Ausbildung und Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund nötig. Zusätzliche Rentenleistungen lenken von den wirklichen Problemen ab. Darunter leiden die Jüngeren und die Ärmern. Das Thema ist zu ernst, um es den Wahlkämpfern zu überlassen.²⁴⁶

Es bleibt mithin die Frage, ob die Familie noch Keimzelle der Gesellschaft ist und was getan werden muss, um die unverzichtbaren Leistungen der Familie auch in Zukunft leben zu können. Dies wird umso dringlicher, weil der Staat diese Aufgaben nicht allein erfüllen kann. Die Vereinbarkeit des Familienlebens mit anderen Lebensanforderungen ist immer schwieriger geworden. Vor lebenslangen Bindungen scheinen viele zurückzuschrecken. Diese Entsolidarisierung führt zu einer Verlagerung der Verantwortung für die sozialen Sicherungssysteme auf Familien mit Kindern. Die Sorge um die eigene Sicherheit im Alter und bei Krankheit wird der Allgemeinheit übertragen. Auch dies ist eine Aufgabendelegation zulasten der Allgemeinheit. Notwendig ist eine grundlegende Reform der Familienpolitik in Deutschland.

Medien

Revolutionen haben etwas Ursprüngliches. Sie finden statt. Sie werden nicht von Herrschern oder Parlamenten beschlossen. Sie folgen einer Idee und finden ihre Anhänger. Oder sie zwingen alle, mitzumachen, weil sie aufgrund technischer Innovationen die Welt, in der wir leben und arbeiten, mehr und mehr verändern. Niemand kann sich ihren Folgen entziehen, ob man will oder nicht.

Die industrielle Revolution war ein solcher Einschnitt. Aus Heimarbeit wurde Fabrikarbeit. Aus selbstbestimmten Tätigkeiten wurden fremdbestimmte. Die Arbeit war nicht beim Menschen, sondern er musste zur Maschine. Gerhart Hauptmann hat diese fundamentale Veränderung um 1890 in seinem Drama „Die Weber“ beschrieben.²⁴⁷ Trotz harter Arbeit und langer Arbeitszeiten drohten den Arbeitern Armut, Krankheit, Fremdbestimmung und Ausbeutung. Das ist heute anders.

Wir leben im Zeitalter der ‚digitalen Revolution‘. Auch sie verändert unser Leben. Nicht urwüchsig und als unsteuerbares Geschehen. Sie ist gestaltbar. Der Kern der digitalen Revolution ist keine rein technische Veränderung. Sie ist eine revolutionäre Veränderung der Art, wie wir leben. Das gilt für unsere sozialen Beziehungen ebenso wie für unsere ökonomischen Grundlagen. Es gilt aber auch für die Institutionen, die uns ermöglichen, an Freiheit und Demokratie teilzuhaben. Die ‚alten‘ Medien sind nicht mehr die ‚Vierte Gewalt‘ im Staat. Es gibt bisher kein Konzept, wie sie sich trotz unbestreitbarer Qualität gegenüber den ‚neuen‘ Medien behaupten könnten. Franz Sommerfeld führt die offenkundigen Probleme von Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Rundfunk auf den „Verlust der Nachrichtenhoheit“ zurück: „Die Journalisten erleiden gerade ein ähnliches Schicksal wie die Priester und Mönche nach der Erfindung des Buchdrucks, die sich bis dahin als exklusive und nicht selten Gott ähnliche Verkünder der Worte des Herrn gefielen. Als alle des Lesens Kundige die Bibel selbst lesen konnten, blieb den Priestern nur noch die Auslegung. Doch damit sank die Fallhöhe zwischen Priestern und Gläubigen massiv [...]. Die Herrschaft über die Nachricht verlor den Journalisten Autorität und den Verlegern Profitabilität [...]. Hatten Rundfunk und Fernsehen die nachrichtliche Autorität der Tageszeitung nicht wirklich brechen können, so gelang das dem Internet, das wirklich zeitnah und direkt informiert, innerhalb von wenigen Jahren.“²⁴⁸

Diese Veränderungen sind im Kern Entgrenzungen: die Entgrenzung der Wirtschafts- und Arbeitswelt, die Entgrenzung von Information sowie die Entgrenzung privater Lebensräume, Erinnerungen und Umgangsformen.²⁴⁹ „Die Demokratie in der digitalen Gesellschaft wird eine andere sein. Öffentlichkeit, Teilhabe, Legitimation – alle Gewissheiten der alten Welt sind in Frage gestellt. Alle Institutionsnormen müssen sich verändern. Und sie werden sich verändern. Aber sie werden nicht verschwinden. Das ist der große Irrtum der Netzutopiker: Sie unterschätzen die Lernfähigkeit der Systeme.“²⁵⁰ Das birgt wiederum große politische Gefahren. Schon hierbei pochen immer mehr vor allem autokratische Regierungen auf „Infor-

mationssouveränität“, was, wie Timothy Garton Ash befürchtet, „de facto Zensur oder zumindest zum Missbrauch einladende Restriktionen der Redefreiheit“ bedeuten kann. Er erinnert deshalb an Googles Rückzug aus der Volksrepublik China und die Tatsache, dass China derzeit im Internet wohl „die größte Zensur der Menschheitsgeschichte“ ausübt.²⁵¹

Die digitale Revolution verändert nicht die ‚conditio humana‘, das Menschsein. Aber sie verlangt vom Menschen Anpassungsleistungen. Zukünftige Generationen werden anders leben. Auch in Zukunft steht der Mensch im Mittelpunkt. Aber wie bei allen großen Veränderungen wird es Aufbruch und Verweigerung, Gewinner und Verlierer geben. Das gilt insbesondere für Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Bildung. In Deutschland habe ich 1996 zusammen mit der Deutschen Telekom die „Aktion Schulen ans Netz“ ins Leben gerufen, damit unsere Kinder international nicht den Anschluss verlieren. Ebenso wurde ein Hochschulinformationssystem eingerichtet, ein Intranet für Hochschulen, an dem sich auch ausländische Universitäten beteiligen konnten. Forschung und Wissenschaft in Deutschland sollten Teil der weltweiten Wissensgesellschaft werden. Nicht nur die deutsche Wirtschaft, sondern auch unsere Wissenschaft hat sich global vernetzt.

Besonders schwierige Anpassungsprozesse sind im Medienbereich festzustellen. Natürlich wird heute in den Redaktionen und Druckereien, bei den Fernseh- und Radiosendern digital gearbeitet. Ganze Berufsgruppen wie z. B. Korrektoren und Metteure sind verschwunden. Junge Firmen bieten neue Produkte und Dienstleistungen an. Große Zeitungsverlage verkaufen ihre Printprodukte und setzen auf Onlineredaktionen. Diese werden aus Kostengründen zusammengelgt oder verkleinert. Wenn dann das Produkt, nämlich die journalistische Arbeit, an Qualität einbüßt, verlieren die Medien ihre Bedeutung für die Demokratie.

Das gilt gleichermaßen für Printmedien wie für Onlinemedien. Die klassischen Träger von Information und Wissen haben ihre neue Rolle in unserer Mediengesellschaft noch nicht gefunden. Wissen ist nicht nur eine Folge von Bildung und Information, sondern auch ein Produktionsfaktor.

Es gibt immer mehr Zeitungen und Zeitschriften, aber immer weniger Leser. Die Leserschaft teilt sich in die Alten, die gerne weiter ihre gedruckte Zeitung lesen, und die Jungen, die sich immer mehr online informieren²⁵². Die öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten haben sich inzwischen weitgehend dem Diktat der Quote unterworfen. Dadurch droht der Verlust ihrer Identität.